



Bundesministerium
des Innern



Freiheit
Einheit
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

An den
Präsidenten
des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 23. Juli 2010

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE
Verwendung von Mitteln zu Prävention gegen Extremismus durch das Bundesministerium
des Innern**

BT-Drucksache 17/2576

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort in
5-facher Ausfertigung.

In Vertretung

Cornelia Rogall-Grothe

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Verwendung von Mitteln zur Prävention gegen Extremismus durch das Bundesministerium des Innern

BT-Drucksache 17/2576

1. Welche konzeptionelle Planung ist auf Seiten der Bundesregierung mit dem Haushaltstitel 686 43 verbunden, gibt es inhaltliche Richtlinien für die über diesen Titel zu fördernden Projekte und wie sehen diese Richtlinien gegebenenfalls aus?

Zu 1.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) sieht sich in der besonderen Verantwortung, Kriminalität, Gewalt und Extremismus weit im Vorfeld ihres Entstehens durch breite universelle Förderung und systematische Prävention den Nährboden zu entziehen, bestehende Maßnahmen der Bundesregierung zu optimieren und weiter zu entwickeln.

Viele Regionen in den neuen Bundesländern sind von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen besonders betroffen. Gerade für den ländlichen Raum und strukturschwache Gebiete Ostdeutschlands stellt dies eine besondere Herausforderung hinsichtlich der Entwicklung einer demokratisch aktiven Zivilgesellschaft dar, da diese spezifischen Bedingungen die Ausbreitung und Verfestigung antidemokratischer Tendenzen, von Demokratiemüdigkeit bis zu extremistischer Demokratieabwehr, begünstigen und unterstützen können.

Die Förderprojekte für demokratische Teilhabe und zur Prävention gegen Extremismus sollen sich vorrangig an dem von der Bundesregierung verfolgten ganzheitlichen Ansatz orientieren und durch die Förderung von Handlungskompetenzen sowie einer Stärkung demokratischer Teilhabe extremistischen Einflüssen in jeder Erscheinungsform den Nährboden zu entziehen. Sie sollen dabei nicht innerhalb eines weiteren eigenständigen Programms realisiert werden, sondern als zielgerichtete Impulse die Erfahrungen, Erfolge und Ergebnisse bestehender Förderansätze des Bundes, der Länder und einzelner Kommunen berücksichtigen. Synergieeffekte zu bestehenden Programmen und Maßnahmen werden soweit möglich hergestellt und genutzt.

Die Richtlinie zur Förderung befindet sich derzeit in einem Abstimmungsprozess innerhalb der beteiligten Bundesressorts. Die zuständigen Fachressorts der ostdeutschen Landesregierungen werden in diesen Prozess einbezogen.

- 2 -

2. Welche Projekte, Initiativen, Vereine etc. werden seit wann aus den Mitteln des Haushaltstitels 686 43 unterstützt?

Zu 2.

Bisher erfolgt noch keine Förderung von Projekten, Initiativen und Vereinen.

3. Mit welchen Initiativen, Vereinen, Trägern etc. wurde von Seiten der Bundesregierung Gespräche geführt, um sie für eine Mitarbeit im Rahmen des genannten Programms zu gewinnen?

Zu 3.

In Vorbereitung der Projektförderung wurde mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Initiativen, Vereine und Trägern gesprochen, die für eine Mitarbeit in Frage kommen. Dieser Gesprächsprozess ist fortlaufender Bestandteil der Vorbereitung und Umsetzung der Projektförderung.

4. Mit welchen Landesregierungen bzw. Landkreisen oder Kommunen wurden von Seiten der Bundesregierung Gespräche geführt, um sie für eine Mitarbeit im Rahmen der genannten Programme zu gewinnen?

Zu 4.

Bisher wurden Gespräche mit Vertretern der Landesregierungen Brandenburgs und Sachsens geführt. Des Weiteren sind Gespräche mit Vertretern aller ostdeutschen Landesregierungen vorgesehen. Die Landkreise und Kommunen werden in diesen Gesprächsprozess eingebunden.

5. Wie viele der im Haushaltstitel 686 43 bewilligten 6 Mio. Euro sind bis zum Stichtag 1.7.2010 für die im Titel genannten Zwecke ausgegeben worden und an wen gingen die Gelder im Einzelnen?

Zu 5.

Bis zum 1. Juli 2010 sind der Bundeszentrale für politische Bildung 300 T€ für die Einrichtung einer Regiestelle und für die Bearbeitung von Projektanträgen ab Herbst 2010 zugewiesen worden.

- 3 -

6. Welche Planungen bestehen auf Seiten der Bundesregierung zur Umsetzung des Haushaltstitels 686 43 und geht das Ministerium davon aus, dass die Gelder bis zum Jahresende 2010 verbraucht sein werden?

Zu 6.

Nach aktuellem Planungsstand soll im 4. Quartal 2010 mit der Förderung von Projekten begonnen werden. Das BMI geht nicht davon aus, dass die für 2010 verfügbaren Haushaltsmittel bis zum Jahresende verbraucht werden. Es ist beabsichtigt, nicht verbrauchte Haushaltsmittel in das neue Haushaltsjahr 2011 zu übertragen.

7. Wo sieht die Bundesregierung den inhaltlichen Schwerpunkt des genannten Programms und wird eine gleichmäßige Verteilung auf alle so genannten Extremismusbereiche angestrebt und wie begründet das Ministerium seine Auffassung?

Zu 7.

Der inhaltliche Schwerpunkt der beabsichtigten Projektförderung liegt auf der Stärkung einer lebendigen und demokratischen Gemeinwesenkultur insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen oder Stadtteilen mit vergleichbaren Problemen in Ostdeutschland. Dies beinhaltet vor allem die Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten und die Entwicklung nachhaltiger Kooperationsansätze vielfältiger staatlicher wie nicht-staatlicher Akteure im Gemeinwesen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, um extremistischen Einflüssen in jeder Erscheinungsform den Nährboden zu entziehen. Eine gleichmäßige Aufteilung nach Phänomenen extremistischen Handelns ist nicht vorgesehen.